

Anfragen zu einem sozialen Problem an Parteien

Aus einem aktuellen Anlass verschickte ich in der Zeit vom 22.-24.11.2005 folgende E-Mail. Empfänger waren die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft und einige ausgesuchte Mitglieder der damaligen PDS in Ost- und Westdeutschland:

„Erinnern Sie sich noch,

*Sehr verehrte Damen,
Sehr geehrte Herren,*

an Wolfgang Borcherts Bühnenstück „Draussen vor der Tür“? Ausgesperrt und vergessen kam sich Beckmann vor, vergessen und ausgesperrt von dem, was er für sein Vaterland hielt.

Sie meinen, solche Situation gibt es heute nicht mehr? Weit gefehlt! Auch heute sind Menschen ausgesperrt und verlassen – und dennoch: der Staat und die Behörden werfen das Geld zum Fenster hinaus in einer bürokratischen Verschwendung, die unmöglich ist!

Ich möchte Ihnen hier einen Fall schildern – vielleicht sind Sie als Abgeordnete verschiedener Parlamente in Deutschland ja „nur“ mit höheren Aufgaben betraut und solche „Kleinigkeiten“ kümmern Sie nicht.

Der Fall

Ein Bewohner dieses Landes hat in seinem Leben überwiegend selbständig gearbeitet, reichte aber mit Erreichen des 65. Lebensjahres seinen Antrag auf Altersrente ein. Er weiss, dass diese nicht zum Bestreiten des Lebensunterhaltes ausreichen wird, und hat Vorsorge für weitere Einkünfte getroffen. Durch den Konkurs seines Auftraggebers verliert er aber diese geplante Grundlage und steht ohne Einkommen.

Im viel gepriesenen sozialen Gefüge begibt er sich zum Amt um „Alterssicherung zu beantragen. Nach den vorliegenden Gegebenheiten würde ihm auch diese gewährt, wenn und jetzt kommt der Punkt: er nicht aufgeführt hätte, dass er noch ein selbständiges Gewerbe angemeldet hat, aus dem er nach einer Anlaufphase von 3, maximal 6 Monaten, wieder selbst für seinen Unterhalt aufkommen kann.

Mehrere Sachbearbeiter bedeuteten dem Antragsteller, dass er sein Gewerbe abmelden muss, dann würde er Alterssicherung erhalten. Ohne Gewerbeerlaubnis handelt die Person jedoch illegal und wird nie wieder selbst für den Unterhalt sorgen können. Der Wunsch, mit einer höheren Instanz diesen Fall zu diskutieren, wurde kategorisch abgelehnt. Die Sachbearbeiter schienen sich wohl sehr sicher zu sein.

Zur Zeit steht diese Person ohne Einkommen. Ausgesperrt ist sie durch bürokratische Vorschriften, die die Allgemeinheit viel Geld kosten. Er wird im Dezember seine

Gewerbebeanmeldung abgeben und Alterssicherung beziehen! Beschimpfungen von Politikern in TV-Shows wird er sich anhören müssen und sich als Schmarotzer fühlen. Somit steht er draussen vor der Tür.

Ich will hier nicht Ihre kostbare Zeit, die Sie dringend zum Regieren und Schaffen neuer Vorschriften benötigen, nicht weiter in Anspruch nehmen und bedanke mich, dass Sie diese Zeilen bis hierher gelesen haben.

*Mit freundlichen Grüßen
Heinz W. Bartels*

Anmerkung: Die Gewerbeerlaubnis wurde nicht wie angekündigt abgegeben und keine Alterssicherung zu diesem Zeitpunkt beantragt.

Die Reaktion auf diese Rundmail (besser: Nichtreaktion) war ernüchternd. Nicht dass ich umfangreiche Hilfsangebote erwartet habe oder gar Mitleidsbezeugungen – ich habe einfach Reaktionen erwartet, brüsten sich doch unsere „Volksvertreter“ damit in unermüdlicher Arbeit und vielen Arbeitsstunden sich für die Belange der Bürger / Wähler einzusetzen.

Bezeichnend für die Kluft zwischen schönen Reden und Handeln ist die Antwort des Landesverbandes Saar der Linken:

*„Absender: Vorstand (at) linke-saar.de
Empfänger: sales (at) meerundsonne.de*

Sendedatum: 24.11.2005 22:07:05

Inhalt: Bitte streichen Sie uns aus Ihrem eMüll-Verteiler. Danke“

Diese Reaktion einer Partei (soziale Probleme und Einzelschicksale sind „Müll“), die vorgibt, sich für die Belange und eine Verbesserung der Situation der sozial Schwachen einsetzen zu wollen, und die danach folgenden Nichthandlungen haben meinen Glauben an die Politik endgültig grundlegend zerstört und mein späteres Handeln beeinflusst.

Nachdem keine Reaktion erfolgte erlaubte ich mir am 02.12.2005 in einer weiteren E-Mail an den gleichen Adressbestand zu erinnern:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

vor einiger Zeit (im Laufe der vergangenen 2 Wochen) erhielten Sie von mir eine eMail mit dem Titel „Erinnern Sie sich an Borchert?“. In dieser Mail wurde über eine für mich unfassbare Handlungsweise einer Behörde und damit verbundener eklatanter Verschwendung von öffentlichen Mitteln hingewiesen.

Offensichtlich interessieren sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Hamburger Bürgerschaft ebenso wenig für die sozialen Belange ihrer Mitbürger und Wähler wie für die Verschwendung öffentlicher Mittel.

Sicher: Grosse Reden im Wahlkampf und in publikumswirksamen Talkshows erzeugen mehr Aufmerksamkeit.

*Das Ergebnis meiner Mail straft aus meiner Sicht die Aussagen ALLER Fraktionen Lügen. Von ca 600 Empfängern fanden es DREI für notwendig zu antworten: 1 Abgeordneter der SPD, 1 Abgeordneter der FDP und ein Vertreter eines Kreisverbandes der Linken. Ist dies das demokratische Verständnis der Volksvertreter in der Bundesrepublik Deutschland?
Vielleicht können Sie mir doch noch etwas zu meinem Anliegen sagen? Gerne sende ich Ihnen auch die ursprüngliche Mail noch einmal.
Mit freundlichen Grüßen
Heinz W. Bartels“*

Eine Reaktion kam von einer Bürgerschaftsabgeordneten der GAL, die mir vorwarf zu ungeduldig zu sein. Bin ich wirklich ungeduldig? Lange Zeit ist vergangen und ich warte noch immer.

Nun wird man sagen können, unsere Volksvertreter bekommen viele Mails jeden Tag und es kann schon einmal eine Zusendung nicht beachtet werden. Auch ich dachte so und habe nachgefasst:

„Per Telefax

*Fraktion der Linkspartei
Des Deutschen Bundestages
z.Hd. der Fraktionsvorsitzenden*

*Herrn Gregor Gysi
Herrn Oskar Lafontaine*

Hamburg, den 25. November 2005

Sehr geehrte Herren,

bislang, sehr geehrter Herr Gysi, sehr geehrter Herr Lafontaine, habe ich Sie beide als Personen sehr geschätzt. Ihre integren Handlungsweisen habe ich versucht zu verstehen, Sie haben in mir auch eine gewisse Achtung vor Ihnen als Persönlichkeiten des politischen Lebens und der politischen Landschaft in diesem Lande begründet.

Als Sie eine neue Fraktion für den Bundestag anstrebten war und bin ich noch immer sehr gespannt auf die Auswirkungen und die Handlungsweisen dieser Fraktion in den Verfassungsorganen.

Seit heute kann ich Ihrer Partei und deren Mitgliedern und deren Führungspersonen nur noch – fast möchte ich sagen – Verachtung entgegenbringen.

Der Grund dafür ist folgender: Im Laufe der letzten Tage wurden von mir an ca. 600 Abgeordnete des Bundestages und der Hamburger Bürgerschaft Emails verschickt; den Inhalt finden Sie bitte in der Anlage. Ich war sehr gespannt auf die Reaktionen der angesprochenen Personen. Drei Antworten habe ich bislang erhalten: 1 von der FDP, 1 von der SPD und 1 von Ihrem Vorstand des Landesverbandes Saar.

Meine Erziehung verbietet mir, diese Antwort mit den Worten zu kommentieren, die hier aus meiner Sicht angebracht wären! Ist Ihrer Partei, die in grossen Reden im

Wahlkampf sich hervorgetan hat mit den Versprechungen, dass sie die Partei ist, die sich für die Belange der sozial schwachen Bevölkerung einsetzen will, ein harter sozialer Fall so wenig wert, dass er einer solchen Antwort bedarf?? Diese Antwort straft ALLE Ihre Inhalte als gewaltige Lügen. Offensichtlich sind auch Sie inzwischen so etabliert, dass soziale Probleme und die sinnlose Verschwendung von Geldern des Deutschen Volkes MÜLL sind.

*Mit freundlichen Grüßen
Heinz W. Bartels“*

Dieser Brief wurde absichtlich mit einer gewissen Polemik formuliert. Ich wollte einfach die beiden Herren zu einer Antwort provozieren. Es ist mir nicht gelungen.

Antworten bekam ich keine – nicht einmal einen Anruf! Ich erinnerte noch einmal in einem Telefax vom 21. März 2006 und in einem Brief, dem der gesamte Vorgang noch einmal beilag, am 07. April 2006. Auch hier das gleiche Ergebnis: **keine Reaktion.**

Nun hatte ich den Gedanken, dass es in einer neuen Fraktions- und Parteiorganisation noch Organisations- und Kommunikationsschwierigkeiten geben könne. Vielleicht können die Probleme eines Einzelnen besser bei einer örtlichen Organisation der Partei verstanden und aufbereitet werden. Hier sind die Führer näher an den Menschen.

Ich suchte Informationen und fand die Internetseite des für mich zuständigen PDS Bezirksverbandes Wandsbek. Ich zitiere (Frühjahr 2006):

„PDS-Bezirksverband Wandsbek – Sozialismus heisst unser Ziel

Als Gliederung der PDS bekennt sich der Bezirksverband Wandsbek zu den im Parteiprogramm definierten Werten, Zielen und Errungenschaften der Demokratie und des Sozialismus: Wir fordern die Freiheit, die Gleichheit und die Solidarität auf allen Ebenen des menschlichen Zusammenlebens. Wir wenden uns global, kontinental, national, regional und kommunal gegen die Ausbeutung des Menschen in jeder Form von Unterdrückung und gegen die Plünderung der natürlichen Ressourcen. Positiv streben wir eine Gesellschaft an, die geprägt ist vom Frieden, von den verwirklichten Menschenrechten, vom Zugang aller zu den Gütern der Kultur und den Quellen der Information. Wir setzen uns nachdrücklich für eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Reichtümer ein.

Der Bezirksverband der PDS in Wandsbek sieht den Schwerpunkt seiner Tätigkeit in der Aufzeichnung, Interpretation und Verdeutlichung der Brutalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Entwicklung und Durchsetzung von Gegenmodellen vornehmlich im kommunalen Bereich. Wir kämpfen für ein Hamburg und Wandsbek der Menschen und wenden uns gegen ein Gemeinwesen, das von Kapital- und Konzerninteressen geprägt ist. Kompromisslos setzen wir uns auch im lokalen Bereich für den Frieden ein. Bezugspunkt ist jedoch immer die Gesellschaft als Ganzes. Deshalb wird sich die Wandsbeker PDS sowohl in die Diskussionen der Bundes- als auch der Landesorganisation der Partei einbringen. Wir leisten unseren Beitrag zu der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele der Partei, indem wir uns etwa in Wahlkämpfen engagieren, Informationen transportieren und Aktionen organisieren.

Die Mitglieder des Bezirksverbandes sind auf sehr unterschiedlichen Wegen zu sozialistischen Positionen gelangt. Sie haben die Erfahrung gemacht, dass eine fruchtbringende Arbeit nur bei einer Akzeptanz dieser Unterschiede möglich ist. Deshalb betrachten wir den demokratischen Dialog als die einzige Form der politischen Auseinandersetzung. Wir sind freudig bereit, mit Menschen aus anderen Politik- oder Organisationszusammenhängen zusammenzuarbeiten. Auch Nichtmitglieder der PDS sind herzlich eingeladen, sich an unseren Diskussionen zu beteiligen. Bündnisse können für uns sowohl zeitweiligen als auch dauerhaften Charakter haben. Kritik unserer Arbeit, wenn sie aus einem solidarischen Geist heraus geübt wird, ist uns willkommen. Unsere Kritik an anderen Gliederungen der Partei wird sich ebenfalls immer in solidarischen Bahnen bewegen.“

Hurra! – dachte ich – hier bin ich an der richtigen Stelle!

Das sind Forderungen, Versprechungen und Standpunkte, die mein Anliegen bestimmt zu einem vernünftigen Ende führen können; hier kann ich Beachtung finden und Verständnis.

Folglich schrieb ich folgenden Brief in freudiger Erwartung:

*„PDS Wandsbek
Herrn Rainer Tichy
c/o PDS-LV-Hamburg
Stresemannstrasse 52
22769 Hamburg*

Hamburg, den 12. Mai 2006

Sehr geehrter Herr Tichy,

im Internet konnte ich Ihre löblichen Ziele des Kreisverbandes Wandsbek Ihrer Partei lesen. Meine Erfahrungen mit Ihrer Führungsspitze stehen diesen Zielen jedoch vollkommen entgegen. Von einem Einsatz für die Bürger dieses Landes kann ich nichts bemerken.

Vielleicht bin ich in der Sache in der Partei auf eine zu hohe Ebene gegangen, auf der die Belange eines einfachen Bürgers keine Beachtung mehr finden. Aus diesem Grunde wende ich mich heute an Sie in einem Hamburger Bezirksverband, der für meinen Wohnsitz zuständig ist.

Ich möchte mich hier nicht wiederholen und lege der Einfachheit halber Kopien von eMails, Faxnachrichten und Briefen bei, aus denen Sie voll meine Sorgen entnehmen können.

Dieser Brief soll einem Vertreter Ihrer Partei Gelegenheit geben, sich zur Sache zu äussern bevor ich diesen Vorgang öffentlich machen werde. Interessenten – auch Mitglieder anderer Parteien – sind vorhanden.

*Mit freundlichen Grüßen
Heinz W. Bartels*

Ich wartete auf eine Antwort; und ich warte noch heute – Jahre nach der Absendung des Vorgangs.

Anlässlich des Landesparteitages hat der Landesverband der LINKEN am 17. Mai 2008 in seinen „Eckpunkten für die Arbeitsplanung“ jedoch aufgenommen:

„..... Richtschnur unseres politischen Handelns bleiben die wirklichen Probleme der Menschen an der Arbeitsstelle, beim Wohnen im Stadtteil, in der Bildung, bei der Gesundheit, bei der Mitbestimmung in dieser Gesellschaft und die Perspektive, dass eine andere Welt jenseits der Marktkonkurrenz und Standortlogik des Kapitalismus möglich ist“

Die Diskrepanz zwischen Theorie und Wirklichkeit ist nicht zu übersehen!